



IG BAU: Endlich folgt die Politik dem Wunsch der Menschen

Frankfurt am Main, 30.06.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gratuliert den Abgeordneten im Bundestag zu ihrer Entscheidung für die Ehe für alle. „Es ist eine Sternstunde der Politik, die wir heute im Bundestag erlebt haben. Natürlich ist die Ehe für alle viel schon zu lange überfällig.“

Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland befürworten die Ehe für alle. Deshalb ist es so schön, dass die Politik endlich den Wünschen der Menschen folgt und die Ehe für alle jetzt doch kommt. Eine Ehe zwischen Frau und Frau und Mann und Mann nimmt doch den Ehen zwischen Frau und Mann nichts weg“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux.

„Das tolle ist aber auch, wie die Abstimmung zustande kam. Keiner hatte in dieser Legislaturperiode damit gerechnet, dass das Parlament noch dieses dicke Brett durchgebohrt bekommt. Wahlkampfaktik hin oder her: Hier wurde endlich einmal Politik für die Menschen gemacht. Mehr davon.“

Die IG BAU engagiert sich seit Jahren mit der Arbeitsgruppe IGay BAU für die Rechte Homosexueller. Schwerpunkt ist insbesondere die Situation Betroffener am Arbeitsplatz. Viele trauen sich aus Angst vor Diskriminierung nicht, sich gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen offen zu ihrer Sexualität zu bekennen. Andere, die sich offen mit ihrer Sexualität umgehen, werden im Job gemobbt. Die IGay BAU bietet für Betroffene gewerkschaftliche Beratung und Hilfe an.

Lokalkompass

Streit um Reinigungsfirma führte auch vor das Strafgericht

Putzfrau (55) im St. Anna Krankenhaus beschuldigte Kolleginnen, sie mit dem Tode bedroht zu haben. Verfahren eingestellt

Von Bodo Malsch

Die Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft IG BAU und dem Reinigungsunternehmen MCS sorgte im Jahr 2016 für Schlagzeilen. Die Gewerkschaft warf der Firma, die unter anderem im St. Anna Krankenhaus für Sauberkeit sorgt, Ausbeutung der Reinigungskräfte vor. Von Arbeitszeitbetrug, unbezahltem Urlaub und Schwarzarbeit war die Rede. Das Unternehmen erwirkte erfolgreich einstweilige Verfügungen

gegen einige der Behauptungen. Vor dem Amtsgericht am König-Heinrich-Platz gab es jetzt auch noch, wie es die Verteidigung nannte, einen „strafrechtlichen Wurmfortsatz“ der Schlammschlacht.

Die Staatsanwaltschaft warf einer Vorarbeiterin (43) aus Wanheimert und einer Reinigungskraft (49) aus Duissem versuchte Nötigung vor. Angeblich hatten sie eine 55-jährige Putzfrau, die sich wegen der Misstände im St. Anna beschwerte und mit Anzeige bei der Gewerk-

schaft drohte, bedroht: Sie solle sich nicht in interne Angelegenheiten einmischen, anderenfalls wüsste man, wo man für 100 Euro jemanden finde, der sie töten würde.

„Totaler Quatsch“, mit diesen Worten quittierte der Verteidiger der Vorarbeiterin die Anklage. Es sei erstaunlich, was im Zusammenhang mit den Streitigkeiten zwischen Reinigungskräften und Gewerkschaft auf der einen und der Firma auf der anderen Seite an Vorwürfen erhoben worden sei. Inzwischen sei es ru-

hig geworden, so der Anwalt. „Weil das Unternehmen, um allen Rechtsstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen, die Beschwerdeführer großzügig abgefunden hat.“ Seine Mandantin habe niemals mit einem Killer gedroht. Auch die Mitangeklagte wies die Vorwürfe zurück.

Die Vernehmung der Zeugin, die zur Polizei gegangen war und zudem eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hatte, warf mehr Fragen auf als sie beantwortete. So konnte die 55-Jährige nicht erklären, wieso sie

beide Frauen anzeigte, während sie in der eidesstattlichen Versicherung nur die Vorarbeiterin belastete.

Angeblich hatte sich der Vorfall an einem Wochentag Mitte Dezember 2015 gegen 19 Uhr ereignet. In Anwesenheit zweier Kolleginnen sei sie von der 43-Jährigen bedroht worden, so die Zeugin. Der Verteidiger legte jedoch Dienstpläne vor, denen zu Folge alle vier Frauen im fraglichen Zeitraum nie zusammen arbeiteten. Nach kurzer Beratung der Juristen wurde das Verfahren eingestellt.

WAZ Mantel 01.07.2017